
Was uns in Zukunft zusammenhält. Sozial- und Wertewelten der Deutschen

Horst W. Opaschowski

Vergangenheit und Zukunft

Nach dem Beitrag des Geschichtsforschers folgen nun die Ausführungen des Zukunftsforschers. Eine sinnvolle Symbiose. Denn: *Zukunft ist Herkunft!* Wer nicht zurückschaut, kann auch nicht nach vorne blicken. Ein afrikanisches Sprichwort lautet: „Weißt du nicht, wohin du willst, so wisse zumindest, woher du kommst.“ Gemeint ist damit: Es gibt keine Zukunft ohne Herkunft. Und Herkunft bedeutet Geschichte, Tradition, Kultur. Solange die Herkunft unerforscht bleibt, lassen sich auch Zukunftsfragen nicht beantworten. Die meisten Ideen für die Zukunft können aus der Vergangenheit gewonnen werden. Der ehemalige Baseballstar der New-York Yankees, Goose Gosage, soll auf die Frage, was er sich unter Zukunft vorstelle, geantwortet haben: „Die Zukunft ist im wesentlichen wie die Vergangenheit – nur länger.“

Die Zukunft ist geradezu schicksalhaft mit der Vergangenheit verbunden. Die Zukunftsforschung weist viele Gemeinsamkeiten mit der Geschichtsforschung auf, in der von der ewigen Wiederkehr des Gleichen die Rede ist und Vergangenheit als Präfiguration der Zukunft erscheint (vgl. Eliade 1984, S. 101): Alles wiederholt sich endlos – seit Jahrhunderten.

In der Schule gibt es seit alters her den Geschichtsunterricht. Hier wird gelehrt, was geschehen *ist* und was getan

wurde. Aber danach – danach steht die Zeit still. Über die Zukunft schweigt die Schule. Der Geschichtsunterricht endet im günstigsten Fall in dem Jahr, in dem er erteilt wird. Danach bricht der Lauf der Zeit ab. Es ist, als gäbe es keine Zukunft. Wird die Zukunft, die aus dem Unterricht verbannt wird, auch aus dem Schüler-Bewusstsein verbannt? Orientieren sich Schüler fast nur an Vergangenheit und Gegenwart und fast gar nicht an der Zukunft? Das käme einer *Verdrehung des Zeitsinns* gleich.

Geschichtsunterricht und Zukunftsunterricht müssten eigentlich eine Symbiose eingehen – ganz im Sinne der Vorrede Friedrich Nietzsches in seinem letzten Buch „Der Wille zur Macht“ aus dem Jahre 1888: „Was ich erzähle, ist *die Geschichte der nächsten Jahrhunderte*. Ich beschreibe, was kommt, was nicht mehr anderes kommen kann ... Diese Geschichte kann jetzt schon erzählt werden: denn die Notwendigkeit selbst ist hier am Werke. Die Zukunft redet schon in hundert Zeichen“ (Nietzsche 1888/1966, S. 634). Genaugenommen beginnt Zukunftswissenschaft mit der Geschichtswissenschaft – ganz im Sinne von Ernst Bloch: „*Die Entdeckung der Zukunft im Vergangenen*, das ist Philosophie der Geschichte“ (Bloch 1951, S. 474). Zukunft ohne Vergangenheit bleibt blass. In dieser Sichtweise ergeben sich geradezu neue Anforderungen an die Geschichtsforschung, die bisher unvermittelt mit dem Heute oder Gestern abbricht und ohne Bezug zur Zukunft bleibt. Man stelle sich einmal vor: Historiker würden auch prognostisch arbeiten, also nicht nur den Blick zurück auf das 19. oder 20. Jahrhundert werfen, sondern auch futurologisch 2020 oder 2050 antizipieren. So könnte die Geschichtswissenschaft neue Dimensionen gewinnen.

So müsste wissenschaftlich verantwortliches Denken eigentlich verstanden werden: Eine Antenne für das Kom-mende haben, eine Art inneres Radarsystem, das ständig die Vergangenheit und die Gegenwart beobachtet und sys-

tematisch der Frage nachgeht: Wo gehen die Dinge hin? Eine Mischung aus Datenbankbasis und Problemlösungshilfe für Entscheidungsträger. Verantwortliche Forschung muss sozialkritische Analysen liefern, aber genauso offen für positive Signale sein. Im Mittelpunkt meiner eigenen Forschungsarbeit steht seit dreißig Jahren die systematische Untersuchung der sich ständig verändernden Lebensgewohnheiten der Bevölkerung. Die Ergebnisse von Repräsentativumfragen im Zeitvergleich, also sogenannte *Zeitreihen* bilden die sozialwissenschaftliche Basis für Zukunftsprognosen. Müssen aber nicht angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Lage konkrete Aussagen, die sich auf Entwicklung, Veränderung und Zukunftsperspektiven beziehen, auf den ersten Blick unrealistisch erscheinen? Lassen globale Krisen präzise Prognosedaten nicht schnell zur Makulatur werden? Prognosen erzielen immer dann eine große Treffsicherheit, wenn sie von der zentralen Frage ausgehen: *Was will der Mensch?* Erst danach ergeben sich Antworten darauf, was wirtschaftlich und technologisch alles möglich wäre.

Der *Wertewandel einer Gesellschaft* besteht also nicht darin, dass sich die Menschen sozusagen über Nacht verändern. Er vollzieht sich vielmehr allmählich in dem Maße, in dem die jüngere Generation einer Gesellschaft die ältere Generation Zug um Zug ablöst. Und eine Generation, die unter veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen aufwächst, gelangt zwangsläufig zu anderen Erfahrungen und Gewohnheiten. Damit verändern sich auch die Einstellungen zu Arbeit und Leben, zum Zusammenleben in Partnerschaft, Familie und Freundeskreis.

Vor fast einem halben Jahrhundert hat der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Erich Fromm in seinem Buch „Der moderne Mensch und seine Zukunft“ (1960) vorausgesagt: Die westliche Welt könnte in einer Sackgasse landen. Sie würde zwar viele ihrer ökonomischen Ziele errei-

chen, aber den *Sinn für ein Ziel des Lebens verlieren*. Das bloß materielle Wohlergehen würde dann die innere Leere nicht mehr ersetzen können.

Die gesamte westliche Welt hatte in den letzten Jahrzehnten die Auseinandersetzung mit Werten und ethischen Zielen vernachlässigt. Damit waren Ziele gemeint, die über Wohlstand und Wohlfahrt hinausgingen und sich auf die Lebensqualität bezogen. Vielleicht verbarg sich bisher dahinter auch eine Art *Zukunftsangst*, der die Menschen aus dem Wege gingen – die Angst vor der nichtbeantworteten Sinnfrage des Lebens. Auf diese Weise brauchte das Gewissen nicht belastet zu werden. Bis heute gilt, was der amerikanische Soziologe Riesman in den 60er Jahren so diagnostizierte: Es ist eine Überraschung, dass wir „auch im Wohlstand vor Problemen stehen, die nicht weniger gravierend sind als die früheren“ (Riesman 1966, S. 355).

Kampf um Werte

Tatsächlich hat sich seit der Jahrtausendwende der Eindruck verstärkt: *Der westlichen Welt fehlt ein einigendes Prinzip des Lebens*, das die Menschen verbindet und die Gesellschaft zusammenhält. Das Wohllleben ohne *gemeinsame Wertebasis* schafft nur vordergründige Identifizierungen, aber kein Identitätsgefühl. Fünf Monate vor dem 11. September 2001 ging ich daher erstmals mit der eindringlichen Forderung in die Öffentlichkeit: „Schafft die Spaßgesellschaft ab!“ (Presseinformation vom 10. April 2001). Beständigkeit sollte wieder wichtiger als Beliebigkeit werden.

Jetzt ist es offensichtlich so weit. Eine Neubesinnung auf das Beständige, das dem Leben Sinn und Halt gibt, ist feststellbar: Vom Bescheidener-leben-Wollen über die Wiederentdeckung traditioneller Werte bis zur Renaissance der Familie. In vielen westlichen Ländern stellt sich derzeit die

Lebensqualitätsfrage neu: Eine *Verschiebung vom Nur-Haben-Wollen zum Nicht-Verlieren-Wollen* zeichnet sich ab. Niemand will am Ende zu den Verlierern gehören. In den 70er bis 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts definierte sich ein wachsender Teil der Bevölkerung über den Konsum. Mit der Steigerung ihres persönlichen Lebensstandards nahm meist auch ihr Prestige gegenüber anderen zu. Jetzt werden in zunehmendem Maß materielle Wohlstandseinbußen und damit auch Einbußen an Geld und Geltung befürchtet. Viele müssen jetzt *Abschied nehmen vom Immer-Mehr*: In den letzten zehn Jahren ging der Anteil der Deutschen, die glaubten, es ginge ihnen „besser als früher“ deutlich zurück (1992: 36 Prozent – 2002: 30 Prozent – 2006: 22 Prozent). Nur mehr etwa jeder fünfte Bundesbürger fühlt sich heute noch als Wohlstandsgewinner. Immer weniger können in gewohntem Wohlstand zwischen Ausgehen, Shopping und Urlaubsreise so weiterleben wie bisher.

Politik und Wirtschaft in Deutschland stehen vor neuen Herausforderungen. Sie werden mit einem *wachsenden Unzufriedenheitsdilemma* der Bundesbürger konfrontiert. Objektiv geht es den Deutschen besser: Die Wirtschaft wächst, die Konjunkturstimmung steigt, die Arbeitslosenzahlen sinken. Subjektiv aber fühlen sich die Bundesbürger eher schlechter. Das *Lager der „gefühlten“ Wohlstandsverlierer wird stetig größer*. Besserverdienende sind von diesem Wandel ebenso betroffen wie der Mittelstand, insbesondere Selbstständige und Freiberufler.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über das nicht eingelöste Versprechen der Politik „Wohlstand für alle“ nimmt zu. Die Bürger definieren daher ihren Wohlstand neu und denken dabei mehr an das subjektive Wohlbefinden. Die Stimmung im Lande ist gespalten: Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen sinkt – das Heer der Minijobber, Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten wird immer größer.

Der Aufschwung kommt bei vielen Arbeitnehmern nicht an, weil sie auf Zusatzverdienste angewiesen bleiben.

Gleichzeitig leben wir in einem Zeitalter zwischen Werteskepsis und Werterelativismus, Werteverstärkung und Werteverfall. Vielleicht ist der *Kampf um Werte* nichts anderes als ein verschleierter *Kampf um Macht*: Dahinter stehen meist verborgene Interessen. Aus einer bestimmten Werteordnung sollen ganz persönliche, politische oder wirtschaftliche Vorteile gezogen werden: „Wenn Werte nicht objektiv, sondern unsere Werte sind, wer ist hier wir? Und wer dominiert in einer Gesellschaft, wenn diese oder jene Werte oben an stehen?“ (Spaemann 2001, S. 26). Vielleicht sollte man weniger „eine“ Leitkultur fordern, als vielmehr *Orientierungen für Gemeinschaften mit gemeinsamen Wertschätzungen fördern*.

Wertewandel und Lebensziele

In den offiziellen EU-Dokumenten kommt bisher der Begriff der *europäischen Wertegemeinschaft* nicht vor. Und was europäische Werte eigentlich sind, das zu bestimmen, bereitet in der Tat heute größte Schwierigkeiten: Gemeinschaft der Freiheit, der Menschenrechte, der Demokratie, der kulturellen Vielfalt oder der sozialverpflichteten Marktwirtschaft? Und sind diese Werte rechtlich überhaupt verbindlich, so dass sie jeder Bürger als Grundrechte regelrecht einklagen könnte?

Noch hat man mitunter den Eindruck, dass viele Bürger beim Stichwort „Wertewandel“ mehr an den Verfall der Aktienwerte oder an den Anstieg ihrer Cholesterinwerte denken. Eine werteorientierte Standortbestimmung tut also Not – jenseits ökonomischer Notwendigkeiten: *Wie sehen unsere Lebensziele für die Zukunft aus?* Lebensziele umschreiben in der Wertewandelforschung Zielvorstellungen

gen, die der Einzelne in seinem Leben zu verwirklichen sucht („will ich gern mit besonders starkem Einsatz tun“). Lebensziele verkörpern individuelle Werte, auf die jeder sein Leben ausrichtet, auf die er zulebt – von der Vermögensanlage bis zur Freude am Leben. Dazu gehören Wertemuster wie z. B.

- *Leistungsorientierung*
(Etwas leisten; sich Herausforderungen stellen; vorwärts kommen; sich fortbilden)
- *Genussorientierung*
(Leben genießen; etwas selber tun, was Spaß macht)
- *Sozialorientierung*
(Mit anderen zusammen sein; anderen helfen).

Auf dem Weg in die Zukunft wollen die Menschen am liebsten in einer *Balance* zwischen *Leistungs-, Genuss- und Sozialorientierung* leben. Sie wollen in ihrem Leben etwas leisten. Zugleich legen sie besonderen Wert darauf, das Leben zu genießen. Bemerkenswert hoch aber ist der Wunsch ausgeprägt, anderen helfen zu wollen. Materielle Lebensorientierungen wie z. B. „viel Geld verdienen“ oder „Vermögen schaffen“ spielen im Vergleich hierzu eine untergeordnete Rolle. Die Hoffnung hat eine Zukunft, wenn es gelingt, das große Potential an Hilfsbereitschaft zu wecken und zu aktivieren. Die Gemeinwohlorientierung muss also nicht sterben. Jenseits der Erwerbsgesellschaft gibt es in unserer Wunschvorstellung eine *soziale Leistungsgesellschaft*, in der das Für-andere-da-Sein Lebenserfüllung verspricht.

Erziehung und Regeln

Seit Schirrmachers Warnung vor den negativen Folgen einer Minimum-Gesellschaft (Schirrmacher 2006) auf dem Weg in eine problematische Zukunft, in der nach und

nach *die sozialen Netze reißen*, stellt sich die Frage, woher in einer Gesellschaft ohne Familie die Wertorientierung und die Vermittlung von Traditionen kommen sollen. Wenn Kinderlosigkeit zur Norm wird, verliert die Gesellschaft ihre tradierten Werte und das, was sie miteinander verbindet und zusammenhält. Wie lebt und lernt man beispielsweise Bindungsfähigkeit, wenn der bindungslose Einzelne dominiert? Eine Gesellschaft kann doch auf Dauer nur überleben, wenn *auf Langfristigkeit angelegte Beziehungen gepflegt* und nachkommende Generationen davon überzeugt werden, dass es sich lohnt, an Beziehungen zu arbeiten. Nur: Wo finden Kinder und Jugendliche im Alltag heute noch solche Rollenbilder, die für sie zu Leitbildern werden können?

Viele Anzeichen sprechen dafür: Das vielfach beklagte Jammern über Werte- und Orientierungsverluste, haltlose Kinder und ratlose Eltern hat in Deutschland bald ein Ende. Die Bundesbürger richten sich wieder auf verbindliche Spiel- und Verhaltensregeln ein und erwarten mehr *werteorientierte Erziehungsziele und Gebote*. Als wichtigste Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gilt die mehrheitliche Aufforderung der Bevölkerung, die Kinder zu „dauerhaften Bindungen zu ermutigen“ (54 Prozent) und zugleich für ein „verlässliches soziales Netz“ (53 Prozent) von Nachbarn und Freunden Sorge zu tragen. Vor dem Hintergrund wachsender sozialer Probleme geben ebenso viele Bundesbürger (53 Prozent) als notwendige Lebensregel für die Zukunft aus: „Hilf anderen, damit auch dir geholfen wird.“

Auch in der Erziehung – und nicht nur in der Literatur (vgl. Reich-Ranicki, Schwanitz u. a.) – brauchen wir eine *Kanon-Debatte bzw. Mindest-Standards für das Zusammenleben*. Dies entspricht auch aktuell dem Anliegen der Bevölkerung. Anstelle von Verunsicherungen und Vertrauensverlusten suchen die Menschen wieder nach Sinn und Sicherheit im Leben. *Prosoziale Werte* prägen das Bild der

Zukunftsgesellschaft. Ehrlichkeit (79 Prozent), Verlässlichkeit (64 Prozent) und Hilfsbereitschaft (64 Prozent) befinden sich in der Werteskala ganz oben. Überraschend hoch im Kurs stehen auch *konventionelle Werte* wie Höflichkeit (59 Prozent) sowie Anstand und gutes Benehmen (61 Prozent). *Am Ende der Hierarchie rangiert* mittlerweile in der „Wert“-Schätzung der Bevölkerung *die Kritikfähigkeit* (39 Prozent), die in der Nach-68er-Zeit bis in die 80er Jahre hinein noch einen Spitzenplatz (1982: 74 Prozent) einnahm und seinerzeit so genannte „Sekundär“-Tugenden wie Fleiß (1982: 51 Prozent) und Pflichterfüllung (1982: 45 Prozent) zu verdrängen drohte. Heute hingegen haben nach Meinung der Bevölkerung Werte wie Fleiß (57 Prozent), Pflichterfüllung (55 Prozent) und Disziplin (55 Prozent) wieder wachsende Bedeutung.

Auch für die Jugend steht die 68er-Spontaneität des Tanzes um das eigene Ego nicht mehr im Zentrum ihres Lebens. Statt Werteverfall kündigt sich ein neuer Zeitgeist an: *Selbstdisziplin steht der Selbstverwirklichung nicht mehr im Wege*. Für die junge Generation bis zu 34 Jahren hat die Verantwortungsbereitschaft sogar eine größere Bedeutung als das Durchsetzungsvermögen. Das altdeutsche Sprichwort „Jugend hat keine Tugend“ hat sich überlebt. Ganz im Gegenteil: Die Jugend schätzt und lebt die *Tugenden* von Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortung.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfahren tradierte Werte eine Renaissance, aber nicht als bloßer Retro-Trend im Sinne eines Zurück in die 50er und 60er Jahre. Ganz im Gegenteil: Das moderne Lebenskonzept zeichnet sich durch eine *Wertesynthese* aus, in der scheinbare Gegensätze miteinander verbunden werden. Zu Fleiß und Durchsetzungsvermögen gesellen sich ganz selbstverständlich Toleranz und Gerechtigkeitsgefühl.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass die von Jürgen Habermas vor über zwanzig Jahren diagnostizierte „Neue Un-

übersichtlichkeit“ (1985) bald vorüber ist. Dafür sprechen die vom BAT Institut auf repräsentativer Basis ermittelten „Regeln“, die für die persönliche Lebensgestaltung im 21. Jahrhundert „besonders wichtig“ sind. Dabei werden der Spontaneität und Beliebigkeit des Lebens klare Grenzen gesetzt. Gefordert werden jetzt „intensive Familienbeziehungen“, „dauerhafte Bindungen“ und „verlässliche soziale Netze“, damit „ein langes Leben gelingen“ und die ganz persönliche Lebensqualität „bis ins hohe Alter“ erhalten werden kann.

Klare Lebensplanungen sind jetzt wieder gefragt – wenn auch *mit unterschiedlichen Akzentuierungen*:

- Für Jugendliche ist der Freundeskreis am wichtigsten.
- Singles wollen sich mehr auf sich selbst verlassen und zum Lebensunternehmer werden.
- Kinderlose Paare richten ihr Lebenskonzept eher auf die Spannung zwischen Leistung und Lebensgenuss aus.
- Familien bauen ganz auf die Pflege und Intensität ihrer Beziehungen.
- Und für die ältere Generation hat der Selbsthilfe-Gedanke die größte Bedeutung: „Hilf anderen, damit auch dir geholfen wird.“

Fast alle wünschen sich Halt und Geborgenheit im Leben oder sehnen sich nach intakten sozialen Beziehungen („wie in der Familie“). *Das Zeitalter des Individualismus geht zu Ende.*

Orientierungswerte statt Leitkultur

Historisch gesehen hat die westliche Kultur viel bewegt und verändert – von Leibniz bis Einstein, von Mozart bis Bernstein und von Walt Disney bis Warhol. Nur: Was kann der Westen in Zukunft bieten, was bleibt und beständig ist?

Wohlstand und Wohlbefinden? Waren und Werte? Wenn sich der Westen gegen einen radikal fundamentalen Islamismus erfolgreich zur Wehr setzen will, dann muss er das *mehr mental als militärisch* und *mehr mit Werte- als mit Warenexport* tun. Viele islamische Fundamentalisten glauben, dass die Menschen in der westlichen Welt „an nichts glauben“. Um dieses Argument zu widerlegen, muss der Westen wissen, woran er glaubt – was also nicht unmittelbar mit Geld und Genuss, Konsum und Komfort zu tun hat.

Vielfach in Vergessenheit geraten sind im Westen konkrete Handlungsempfehlungen im Sinne eines positiv oder auch negativ definierten Kanons: „*Das gehört sich*“. „*Das ist erwünscht*“. „*Das ist verbindlich*“ oder „*Das darf nicht sein*“. Diese Lebensregeln müssen für alle gelten – auch und gerade im Einwanderungsland Deutschland. Wie sieht in Zukunft eine Kultur des Miteinanders aus? Was heißt hierbei Toleranz? Wo fängt sie an? Und wo hört sie auf? Viele offene Fragen warten auf werteorientierte Antworten. Ein Beispiel: „Mein Mann hat einen nicaraguanischen Vater und eine oberschwäbische Mutter. Ich habe eine türkische Mutter und einen unterfränkischen Vater. Neulich fragte uns ein Taxifahrer, woher wir denn kämen. Mein Mann antwortete ‚aus Ulm‘, ich sagte ‚aus Neu-Ulm‘ und unser Sohn sagte voller Überzeugung ‚natürlich aus Berlin‘. ‚Sie sind also alle Deutsche‘, antwortete der Taxifahrer – mit schwäbisch-türkischem Hintergrund“ (Deligöz 2006, S. 53).

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage einer Leitkultur neu. Mit dem Begriff „*Leitkultur*“ könnte man ja vielleicht noch leben. Mit dem Zusatz „*Deutsche Leitkultur*“ (Friedrich Merz) oder „*Europäische Leitkultur*“ (Basam Tibi) wird das Begriffskonstrukt schon fragwürdig und missverständlich. Dafür spricht insbesondere die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion, die eine deutlich ablehnende Sprache spricht, weil damit beispielsweise assoziiert wird:

- „Nationale Überheblichkeit“ (Jutta Limbach).
- „Überlegenheit und Führungsanspruch“ (Wolfgang Huber).
- „Kultureller Vormachtanspruch“ (Mario Adorf).
- „Ausgrenzungsidee“ (Fritz Kuhn).
- „Misstrauen gegenüber allem, was ‚anders‘ ist“ (Ekin Deligöz).

Eine *Aura der Arroganz* geht von diesem Begriffskonstrukt aus. Der Publizist Navid Kermani bringt es auf den Punkt: „Das Deutsche hat für mich nichts Leitendes“ (Kermani 2006, S. 87).

Andererseits braucht jede Gesellschaft einen „Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen“ (Lammert 2006, S. 138), ein *Mindestmaß an Gemeinsamkeit* sowie „Mindeststandards menschlichen Zusammenlebens“ (Merkel 2006, S. 177). Es geht um einen *Wertekonsens*, der auch verbindliche Regeln beinhaltet und nicht etwa scheut. Statt also unentwegt über einen missglückten Begriff zu streiten, sollte nach einer Alternative Ausschau gehalten werden: „Lasst uns ein neues Wort finden“ (Ates 2006, S. 25). Der EKD-Vorsitzende Wolfgang Huber schlägt den Begriff „Orientierungswerte“ vor. Und auch Kardinal Lehmann hält ein „orientierendes Fundament“ (Lehmann 2006, S. 152) für unverzichtbar.

Wenn wir wirklich miteinander und nicht nebeneinander leben wollen, dann müssen wir die Frage beantworten: *Was sind unsere Orientierungswerte*, die für alle erstrebenswert sind, die Gemeinsamkeit („Wir-Gefühl“) schaffen und Identität ermöglichen? Sicher: Die Grundrechte im Grundgesetz sind unsere Grundregeln. Das ist zwar juristisch korrekt; es fehlt aber die emotionalisierende Dimension, die uns das Gefühl der Gemeinsamkeit vermittelt und mit der wir uns ganz persönlich identifizieren

können. Gelebte und erlebte Orientierungswerte müssen Richtschnur und Maßstab für unser Handeln, für gemeinsame Überzeugungen und Wertschätzungen sein. Wenn wir wissen und erfahren, was „uns“ verbindet und zusammenhält, dann ist es nicht mehr weit zur Maxime: *So wollen „wir“ leben!* Von Orientierungswerten lassen wir uns im Leben leiten. Sie sorgen aber auch dafür, dass wir nicht vom Wege abkommen, wir uns also wie bei der Autofahrt innerhalb der Leitplanken bewegen.

Wie ein Wanderpokal war in den letzten Jahrzehnten die Verantwortung für moralische Werte und Umgangsregeln weitergereicht worden: Von den Eltern an die Schule, von der Schule an die Medien, von den Medien an die Wirtschaft und von der Wirtschaft an den Staat ... Verunsicherung, wohin man schaute. Die Folge: Jeder machte sich seine Regeln selber. „Wertekanon“, „Verhaltenskodex“ und verbindliche „Normen“ waren Fremdwörter geworden. Gehen Gemeinsinn und Wertmaßstäbe verloren, weil sich immer weniger Bürger füreinander verantwortlich fühlen? Lautet die Alternative für die Zukunft: Kitt oder Kollaps? Was hält die Gesellschaft noch zusammen?

Kitt oder Kollaps

Je freier wir leben, desto lauter wird jetzt der Ruf nach verbindlichen Gemeinsamkeiten. Immer öfter stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir wieder eindeutige Regeln brauchen, sondern *wie* solche Umgangsformen aussehen sollen, die mehrheitsfähig sind und nicht dem Zufall oder der Beliebigkeit überlassen bleiben. Die Deutschen haben durchaus klare moralische Vorstellungen über das, was für alle Bürger verbindlich und selbstverständlich sein sollte. Ganz obenan steht der *Wunsch nach Ehrlichkeit* – im Berufsleben genauso wie im privaten Bereich (93 Prozent).

Drei Viertel der Bevölkerung (74 Prozent) sind der Meinung, dass man Finanzamt und Versicherungen nicht betragen soll. Und zwei Drittel (67 Prozent) sprechen sich eindeutig gegen Schwarzarbeit aus.

In den letzten Jahren haben sich in Deutschland neue Organisationsstrukturen mit individuellem und informellem Charakter entwickelt. Netzwerke Gleichgesinnter formen sich auf breiter Ebene aus, also offenere und weniger instrumentalisierte Organisationsformen, die Spontaneität zulassen und mehr dem Leitbild des Freundeskreises gleichen. Diese informellen Netzwerke ermöglichen einerseits neue Formen der Solidarität, sind aber andererseits weniger stabil und nicht auf Dauer oder Lebenszeit angelegt: Heute in einer „Band“ mitspielen, morgen einen Fanclub gründen oder sich spontan einer Bürgerinitiative anschließen. Vor allem die jüngere Generation findet an Spontan-Gruppierungen Gefallen. Die Flucht aus den Institutionen erscheint unaufhaltsam. *Die Mehrheit der Deutschen geht „freiwillig“ keine Organisationsbindung mehr ein.* Davon sind die Gewerkschaften, die Kirchen und die Parteien am meisten betroffen. *Die Parteien verlieren ihre Basis.*

Im internationalen bzw. europäischen Vergleich ist das freiwillige und unbezahlte Engagement in Deutschland unterentwickelt: Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung engagieren sich im Vergleich zu etwa 27 Prozent im europäischen Durchschnitt. Eine Erklärung könnte dafür sein, dass Freiwillige in Deutschland zu häufig den Eindruck haben, nur benutzt und nicht anerkannt zu werden. Dafür spricht auch, dass die Auffassung der Freiwilligen, sie würden im Vergleich zu bezahlten Mitarbeitern eine besondere Arbeit leisten, nur mit 41 Prozent halb so viel Zustimmung findet wie z. B. in Dänemark (82 Prozent).

Während sich beispielsweise Amerikaner mehr im sozialen und kirchlichen Bereich für andere engagieren, stehen bei den Deutschen eher eigene Interessen wie *Bürger-*

und Verbraucherinteressen im Vordergrund. Dies geht aus den Vergleichserhebungen des Wissenschaftszentrums Berlin hervor, einem internationalen und interdisziplinären Forschungsprojekt, dem sogenannten „John-Hopkins-Projekt“, einem der größten Forschungsvorhaben, das in den letzten Jahren in den Sozialwissenschaften durchgeführt wurde (vgl. Anheier 1997, S. 201 f.).

Erkennbar ist in Deutschland eine klare Verschiebung der Engagement-Präferenzen: Kirchlich-religiös und sozial orientierte Organisationen und Vereine gehören zu den eindeutigen Verlierern, während die *Fun- bzw. Spaßbereiche (insbesondere Freizeit, Spiel und Sport)* nach wie vor auf Wachstumskurs liegen – vor allem dann, wenn sie Clubcharakter aufweisen. Die kleinen und Kleinstvereine können sich über mangelndes Engagement nicht beklagen. Hingegen müssen die Großorganisationen des Nonprofit-Sektors zunehmend damit leben, dass die Mitglieder immer weniger zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben in den Leitungsebenen der Vorstände bereit sind. Klassische Sozialkarrieren, bei denen Ämter und Funktionen in Organisationen von den Eltern an die Kinder weitergegeben wurden, sterben langsam aus.

Die Tradition, z. B. seit Generationen bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Diakonie oder der Arbeiterwohlfahrt aktiv zu sein, gerät in Vergessenheit. Gleichzeitig nimmt die Attraktivität von Organisationen wie z. B. Greenpeace oder Amnesty International zu, weil hier neue Ziele und aktuelle gesellschaftsrelevante Werte propagiert werden, die insbesondere für die jüngere Generation eine große Anziehungskraft besitzen.

Hingegen sind Freiwillige und Mitarbeiter in großen Wohlfahrtsverbänden vielfach ohne besondere Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten tätig. Und ein zeitlich befristetes soziales Engagement wird ohnehin nur ungern gesehen – eine Zukunftschance für die sich ausbreitenden

neuen *Freiwilligen-Agenturen*, die Freiwillige und Mitarbeiter für spontane und kurzfristige Engagements vermitteln, ohne sie gleich dauerhaft zu verpflichten. Das ist die zeitgemäße Antwort auf eine individualisierte Gesellschaft: Die Kultur des Helfens wird nicht mehr „von Amts wegen“ verordnet, sondern entsteht eher spontan als Treff für Gleichgesinnte mit Ereignischarakter.

Die Bundesbürger können auch ganz konkrete Angaben darüber machen, was sie selbst dazu beitragen können bzw. konkret und praktisch in den letzten zwei bis drei Jahren auch erbracht haben. Das Spektrum der Hilfeleistungen reicht von der Lösung persönlicher und/oder familiärer Probleme bis zur Regelung von Finanzangelegenheiten. Dies spiegelt sich in den Antworten der Bevölkerung auf die Frage wider, welche unbezahlten Hilfeleistungen und ehrenamtlichen Tätigkeiten sie ausüben. Ehrenamtliche Tätigkeiten haben nur mehr eine marginale Bedeutung im Verein (19 Prozent), in Kirche und Gemeinde (9 Prozent), in sozialen Institutionen (10 Prozent) oder in Parteien und Gewerkschaft (4 Prozent). Gelebte Solidarität im Sinne von praktizierter Hilfeleistung findet bei der Bevölkerung mehr im Nahmilieu von Familie/Verwandten (58 Prozent), Freunden/Bekanntem (58 Prozent) und Nachbarn (45 Prozent) statt. Eine Politik, die zunehmend größeren Wert auf die Selbstverantwortung und Eigeninitiative legt, sollte daher mehr Anlässe und Gelegenheiten für *Hilfeleistungen in informellen Lebensbezügen* fördern. Hier wird niemand ‚einverleibt‘ oder ‚in die Pflicht genommen‘. Die informelle Hilfeleistung ist freiwillig und zwanglos.

Insbesondere die Familie gibt das Gefühl, nicht allein dazustehen. Sie bietet einen psychosozialen Rückhalt und stellt eine gut funktionierende Notgemeinschaft dar. Fast jeder fünfte Bundesbürger (18 Prozent) hat in den letzten zwei bis drei Jahren Pflege- und Betreuungsleistungen für Kinder und Behinderte in der Familie erbracht. Im Hinblick

auf die demografische Entwicklung stellt die *Familie das wichtigste Solidaritätspotenzial der Zukunft* dar. Das soziale Netz ist weit gespannt. Wenn es persönliche oder familiäre Probleme gibt, dann werden Hilfeleistungen nicht nur für Verwandte (33 Prozent), sondern auch für Freunde (22 Prozent) und Nachbarn (11 Prozent) erbracht. Alltäglich gepflegte Kontakte erweisen sich als tragfähige Brücke auf dem Weg zu einem stabilen sozialen Netz. Die Sorgen und Nöte anderer belasten nicht, sondern lösen *positive Gefühle des Helfenkönnens* aus.

Der *Freundeskreis* ist für die meisten Bundesbürger zur *zweiten Familie* geworden. Fast drei Viertel der Bevölkerung (72 Prozent) leisten regelmäßig Freundschaftsdienste – von der Kinderbetreuung (18 Prozent) über die Wohnungsrenovierung (29 Prozent) bis zur Hilfe beim Hausbau (12 Prozent). Und mehr als jeder fünfte Bundesbürger (22 Prozent) ist zur Stelle, wenn die Freunde in Not sind oder Hilfe bei persönlichen oder familiären Problemen brauchen. Sie fungieren als soziale Konvois, die ihre Freunde ein Leben lang als Weggefährten begleiten.

Die Bürger machen die Erfahrung des Aufeinander-Angewiesenseins – auch und gerade in der näheren Nachbarschaft: von der Urlaubsbetreuung des Hauses und der Haustiere (26 Prozent) über die Gartenarbeit (12 Prozent) bis hin zur Hilfe beim Umzug (9 Prozent). *Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (57 Prozent) leistet Nachbarschaftshilfe.* Solange sich Menschen umeinander kümmern und sorgen, „lebt“ die Solidarität als BürgerSelbstHilfe, ohne auf den Staat angewiesen zu sein.

Institutionelle Hilfeleistungen haben aber im Alltagsleben der Bevölkerung eine viel geringere Bedeutung als die spontane Hilfsbereitschaft in den eigenen vier Wänden, vor der Haustür oder um die Ecke. In der *SelbstHilfeKultur* setzen sich die Bürger ihre Sinnorientierungen selber. Sie belohnen sich selbst. Es macht ihnen Freude, anderen hel-

fen zu können. Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu. Der Staat bleibt dabei gefordert – aber mehr indirekt als aktivierender Förderer.

Dies deckt sich mit Erkenntnissen der modernen Sozialforschung, wonach *Binnensolidaritäten* eine immer größere Bedeutung bekommen – auch und gerade in Randgruppenmilieus. Solche Gruppierungen zeichnen sich durch ein kompliziertes „Netzwerk der selbstgeknüpften Nischen“ (Nolte 2004, S. 71) aus. Statt nur von außen sozialpolitisch „betreut“ zu werden, sorgen Binnensolidaritäten für *Gefühle der Gemeinsamkeit* und damit für den notwendigen sozialen Zusammenhalt. Der Einzelne übernimmt hierbei Verantwortung für andere – für Mitglieder der Familie, des Freundeskreises oder der Nachbarschaft.

In zunehmendem Maße setzt sich auch in Deutschland eine Idee des ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy durch, der die griffige Formel prägte: *„Frage nicht, was der Staat für dich tut; frage, was du für den Staat tun kannst.“* In Deutschland hatten sich die Bürger in den 80er und 90er Jahren daran gewöhnt, notwendige Gemeinschaftsaufgaben einfach dem Staat oder den bezahlten Profis zu überlassen. Dieses Anspruchsdenken können sich die Bürger heute nicht mehr leisten. Jetzt sind sie selbst wieder gefordert und das heißt konkret für die Bürger: *„Wir werden gebraucht.“*

Eine Sozialbilanz im Ost-West-Vergleich lässt erkennen: Ostdeutsche helfen sich mehr untereinander im informellen Bereich und Nahmilieu von Verwandten, Freunden und Nachbarn. Mit dieser Art von spontaner Selbsthilfe haben sie jahrzehntelang ihr Leben vor der deutschen Vereinigung gemeistert. Westdeutsche hingegen halten weniger von privaten Hilfeleistungen und engagieren sich dafür mehr in Institutionen – im Verein, in der Kirche oder in sozialen Einrichtungen. Ost- wie Westdeutsche sind zu „unbezahl-

ten“ sozialen Aktivitäten bereit. So gesehen können beide voneinander lernen. Die Demokratie lebt schließlich vom Vertrauen zu den Mitmenschen genauso wie zu den Institutionen.

Kultur des Gebens und Nehmens

Mit der tendenziellen Verlagerung von staatlicher Macht zu mehr Eigenverantwortung der Bürger verändert sich auch das Verständnis von Solidarität. *Solidarität im 21. Jahrhundert bedeutet: Für sich selbst sorgen, um anderen nicht zur Last zu fallen.* Solidarität hat wieder mehr mit Eigenvorsorge und Eigenverantwortung und weniger mit Nächstenliebe und Opferpathos zu tun. Eine pragmatische, ja emotionslose Solidarisierung setzt sich durch: „Damit wir uns richtig verstehen: Ich Sorge für mich – und du sorgst für dich. Und ich helfe dir nur, wenn auch du mir hilfst. Wir sind *aufeinander angewiesen*. Nenn es, wie du willst: Es ist eine Form kalkulierter Hilfsbereitschaft, von der wir schließlich beide profitieren.“

Soziales Engagement gibt auch eine *Antwort auf die Sinnfragen des Lebens*. „Es tut gut, gebraucht zu werden“ meinen 41 Prozent der Bevölkerung – die Frauen deutlich mehr (44 Prozent) als die Männer (38 Prozent). Mit zunehmendem Alter verschärfen sich diese Sinnfragen, insbesondere dann, wenn das Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt. Die Bedeutung des Gebrauchtwerdens heben 32 Prozent der 14– bis 29-Jährigen, aber 49 Prozent der Rentner und Pensionäre hervor. Wer braucht sie noch? Wer sucht ernsthaft ihren Rat? Im höheren Lebensalter bekommt das Gebrauchtwerden fast die Bedeutung eines Berufersatzes und neuen Lebensinhalts. Wer hingegen Jugendliche mehr für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben gewinnen will, muss in Ansprache und Werbung

andere Akzente setzen: Jugendliche finden es besonders gut, dass man bei der ehrenamtlichen Arbeit Menschen treffen und Freunde gewinnen (48 Prozent), eigene Lebenserfahrungen erweitern (46 Prozent) und persönliche Erfolgserlebnisse (31 Prozent) haben kann.

In Zukunft droht kein soziales Analphabetentum, eher ein berechnender egoistischer Altruismus, bei dem die Neuen Helfer das Warum, Wofür und Wie lange ihres Tuns selbst bestimmen. Die Neuen Helfer lassen sich nicht mehr vereinnahmen. Sie nehmen sich eher – freiwillig – selbst in die Pflicht und machen aus einer Selbstbetätigung eine Selbstbestätigung: „I did it“ und „Ich war dabei!“ Sich engagieren heißt handeln und etwas unternehmen, heißt aktiv und tätig sein. In Zukunft gilt: Sich engagieren ist Ehrensache (und weniger ein Ehrenamt).

Es tut gut, gebraucht zu werden. Und es tut ungeheuer gut, etwas Sinnvolles zu tun – für sich und andere. Die Zukunft gehört den engagierten Helfern, die *mehr in Initiativen als in Institutionen tätig* sind: Sie kochen für Obdachlose, pflegen kranke Kinder, schmieren Brote für Schulkinder, melden sich am Kindertelefon, betreuen gefährdete Jugendliche, kümmern sich um Menschen in Asylbewerberheimen, organisieren Nachbarschaftshilfen oder machen beim Senior-Experten-Service mit.

Die vielen freiwilligen Helfer werden eine neue Kultur des Gebens und Nehmens boomen lassen. Aber kaum ein Helfer wird sich noch lebenslang engagieren wollen. Jugendliche verweigern vielfach soziales Engagement mit dem Argument „Bringt kein Geld“ (40 Prozent) oder: „Kostet zuviel Zeit“ (40 Prozent). *Kalkulierte Hilfsbereitschaft löst das selbstlose Helferpathos ab*. Auch soziales Engagement muss sich bei der Jugend rechnen und die Frage gefallen lassen: Was bringt es mir?

Neben materiellen Erwägungen sorgt insbesondere die Konkurrenz der Konsumangebote im Umfeld von TV und

Multimedia, Shopping, Kino und Essengehen sowie Hobby und Sport für die wachsende Zeitnot der jungen Generation. Für zusätzliche Engagements bleibt da kaum noch Raum. So ist auch das Hauptargument der Jugend „gegen“ ein soziales Engagement zu verstehen: „Kostet zuviel Zeit!“ Das Alltagsleben vieler Jugendlicher gleicht manchmal einer Stressrallye, die sie dadurch bewältigen, dass sie sich nur noch für das entscheiden, was ihnen persönlich besonders wichtig erscheint. Alles andere darf dann kaum noch Zeit in Anspruch nehmen bzw. „keine Zeit kosten“.

Der Ausstieg der Jugend aus sozialen Aufgaben ist also mehr eine *Entscheidung für das Leben und Erleben als gegen das soziale Engagement*. Hinzu kommt, dass die Freiwilligenarbeit von Jugendlichen gar nicht so freiwillig empfunden wird. Jeder achte Jugendliche hat dabei eher das Gefühl einer „lästigen Pflicht“. Jeder Siebte kritisiert den „Gruppenzwang“, dem man sich unterordnen muss. So erscheint es nur folgerichtig, dass jeder neunte Jugendliche (11 Prozent) zu der persönlichen Bilanz gelangt: Soziales Engagement macht keinen Spaß.

Spaß bedeutet für Jugendliche mehr als nur Fun. *Spaß kann auch ein anderes Wort für Freude, Lust, Motivation und Sinnhaftigkeit sein*. Soziale Organisationen müssen daher umdenken. Statt nur an Pflicht und Moral, Aufopferung und soziale Fürsorge zu appellieren, sollte mehr das große Potenzial an Hilfsbereitschaft, das auch in der Jugend vorhanden ist, gefordert und gefördert werden. Selbst in einer individualisierten Gesellschaft stirbt der Wunsch, anderen helfen zu wollen, nicht aus. Allerdings wollen die freiwilligen Helfer von heute und morgen den Umfang, die Intensität und auch die zeitliche Dauer ihres Engagements selbst bestimmen. Eigene Interessen sind dabei genauso wichtig wie gemeinsame Erlebnisse. Der bloße Appell an Solidarität und Nächstenliebe erinnert hingegen sechs von hundert Jugendlichen an „karitativen Mief“.

Einen solchen Einstellungswandel der Jugend müssen die sozialen Organisationen und Institutionen tolerieren. Und sie müssen akzeptieren: Die selbstlosen stillen Helfer gibt es bald nicht mehr. Zur neuen Generation der Ehrenamtlichen zählen *berechnende Helfer* („Auch das Ehrenamt muss sich lohnen“) genauso wie *hilfsbereite Egoisten* („Nur, was mir Spaß macht, mache ich auch gut“).

Von der institutionellen zur informellen Hilfeleistung

Die Politik hat sich in den letzten Jahren viel zu einseitig nur um mangelnde Geldleistungen des Staates Gedanken gemacht, statt mehr auf mögliche Hilfeleistungen der Bürger zu setzen. *Ein radikales Umdenken ist erforderlich – von der institutionellen zur informellen Hilfeleistung.* Das deutsche Sozial„system“ zeichnete sich jahrzehntelang durch einen hohen Organisationsgrad aus. Praktische Solidarität spielte sich fast nur im Rahmen organisierter Hilfe ab. Und Eigeninitiative sollte sich – so der staatliche Wille – möglichst „in“ der Institution entfalten. Die Selbstorganisation in der Organisation ermöglichte dem Staat problemlos soziale Kontrolle. Im Zentrum staatlicher Förderung (und damit auch finanzieller Zuschüsse) stand die Institution und nicht das Individuum. Wer sich im Vereins- und Organisationswesen freiwillig engagierte, bewies „Gemeinsinn“ und machte sich um das „Gemeinwesen“ verdient.

Jetzt deutet sich wieder eine Art *Rückkehr zu den Partizipationsidealen der 70er Jahre* an – allerdings wesentlich anders motiviert:

- In den 70er Jahren wurde die Partizipation auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung als Aufforderung an satte Wohlstandsbürger verstanden, einen Teil des geschenkten Zeitwohlstands in das soziale System zu re-investieren.

- Heute ist die Partizipationsdiskussion sehr viel existentieller, vielleicht auch pessimistischer begründet – aus Sorge um die *Ausgrenzung sozialer Gruppen* und auch aus *Angst vor dem Zerfall der Gesellschaft*. Partizipation muss jetzt regelrecht von den Bürgern eingefordert werden, weil die soziale Infrastruktur als immer lückenhafter empfunden wird.

Insbesondere die sozial Benachteiligten sollen und müssen sich stärker engagieren, damit sie sich auf dem Arbeitsmarkt und in ihrem sozialen Umfeld besser behaupten können.

Das soziale Optimum der Zukunft wird eher eine pragmatische Solidarisierung nach dem Prinzip „do ut des“ sein: Ich helfe dir, damit auch mir geholfen wird. Ich gebe mich notwendigerweise solidarisch, um weiter frei und unabhängig leben zu können. Für die Zukunft zeichnet sich also ein *neuer Typus von Solidarität* ab, der von Pflichtgefühl und Helferpathos herzlich wenig wissen will. Aus der Not oder Notlage heraus geboren schließen sich Individuen zu einem sozialen Netzwerk zusammen – auf Abruf und jederzeit kündbar, wenn die Geschäftsgrundlage (= Notlage) entfällt. Das Netzwerk wird zum Beistandspakt auf Zeit. Der sich international ausbreitende Kommunitarismus (vor allem in den USA) ist eigentlich nichts anderes als ein *sozialer Egoismus*.

Jetzt entwickelt sich Solidarität wieder zu dem, was sie ursprünglich in der europäischen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts einmal war: Zu einer *Erfahrung des Aufeinander-Angewiesenseins*, bei der sich Eigen- und Gemeinnutz miteinander verbinden und weniger eine Frage von Pflicht und Moral, Fürsorge und Nächstenliebe sind (vgl. BUND/Misereor 1996, S. 278). Mehr Bestand und Verlässlichkeit können Hilfsbereitschaft und Solidarisierung erst dann bekommen, wenn sie *als Arbeit anerkannt* wür-

den. Wer sich für gemeinnützige Arbeiten engagiert, will sich nicht ausgenutzt oder ausgebeutet fühlen. Eine aktivierende Kommunalpolitik muss daher Anreize schaffen, die dem *Geldwert* der Arbeit relativ *nahe kommen* oder ihn vergessen machen.

Anerkennung und Ehrung

Überraschenderweise haben Anerkennungen und Ehrungen als Anreiz für soziales Engagement keine besondere Bedeutung (14 Prozent). Um ein Vielfaches höher – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – sind *Entschädigungen und Vergünstigungen materieller Art*: Von der Fahrkostenerstattung und Aufwandsentschädigung (46 Prozent) über den Wunsch nach Steuererleichterungen (44 Prozent) und die Anrechnung bei Rentenzahlungen (39 Prozent) bis hin zu Zuschüssen bei der Krankenversicherung (35 Prozent) und dem Abschluss einer Unfallversicherung (30 Prozent). Auch Vergünstigungen bei öffentlichen Verkehrseinrichtungen (29 Prozent) sowie freie Eintritte in Kultureinrichtungen (20 Prozent) sind gefragt.

Im Bewusstsein der Bürger ist das soziale Engagement für die Gemeinschaft ein Bestandteil des Brutto„sozial“produkts der Gesellschaft. Gemeinnützige Arbeiten „bringen“ kein Geld, aber helfen, Geld zu „sparen“. Bürgerschaftliches Engagement muss durch *geldwerte Vorteile* und nicht durch Geldzahlungen honoriert werden. Im Zeitalter des Turbokapitalismus kann die Bürgergesellschaft keine Idealistengesellschaft sein, die als Reparaturwerkstätte für Versäumnisse und Defizite der Sozialpolitik erhalten soll. Die Bürgergesellschaft agiert im „Dritten Sektor“ – das ist eine Art „Dritter Arbeitsmarkt“, der Beschäftigung für alle garantiert – nicht gegen Geld, wohl aber für geldwerte Vorteile.

Alles läuft in Zukunft auf eine *ausbalancierte geteilte Verantwortung von Staat und Bürger* hinaus, was Vertrauen und Loyalität auf beiden Seiten voraussetzt und einen Rollenwechsel erfordert: Der Bürger muss idealiter zum *Unternehmensbürger* und der Staat zum *Bürgerunternehmen* werden – jeweils mit eigenen Entscheidungskompetenzen, was zugleich beides bedeuten kann: Machtzuwachs und Machtverlust. Staat und Bürger agieren in ihren Kompetenzbereichen weitgehend selbstständig.

Niemand wird den Staat in Zukunft aus seiner Verantwortung für die Rentenversicherung, die Pflegeversicherung und die Krankenversicherung entlassen können. Andererseits – so die Meinung der Bevölkerung – ist die Nachbarschaftshilfe ein ureigenes Anliegen der Bürger selbst, für das sie auch selbst Verantwortung tragen wollen. Nach realistischer Einschätzung der Bevölkerung gibt es gesellschaftlich relevante Bereiche, die beide – Staat und Bürger – verantwortlich gestalten sollen: vom Umweltschutz über die Kultur bis hin zur gemeinsamen Übernahme der Erziehungskosten. *Geteilte Verantwortung* muss zum Schlüsselbegriff für das Gemeinwesen im 21. Jahrhundert werden, damit die nachkommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft vor sich haben – ganz im Sinne von Giuseppe Tomasi di Lampedusas Werk „Der Leopard“, in dem es heißt: „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert.“

Antworten der Zukunftsforschung

Eine verantwortliche Zukunftsforschung auf sozialwissenschaftlicher Basis gibt zudem Anlass zu Zukunftshoffnungen, wie aktuelle Repräsentativbefragungen der BAT STIFTUNG FÜR ZUKUNFTSFRAGEN (2007) nachweisen. Auf die Frage „Was eint uns und was hält uns in Zukunft zu-

sammen?“ kann die Zukunftsforschung sieben Antworten geben:

- Die erste Antwort lautet:
Das Vertrauen wächst in Deutschland wieder; die Menschen rücken enger zusammen.
- Die zweite Antwort lautet:
Mit Hoffnung in die Zukunft; ein Ende der „German angst“ zeichnet sich ab.
- Die dritte Antwort lautet:
Die Deutschen eint der Glaube an Fortschritt und Technik.
- Die vierte Antwort lautet:
Geborgenheit ist für die Deutschen so wichtig wie Freiheit.
- Die fünfte Antwort lautet:
Neben der Erwerbsarbeit geben Familie, Freunde und Weiterbildung der Zukunft einen Lebenssinn.
- Die sechste Antwort lautet:
Rücksichtnahme und Respekt halten die Menschen in Zukunft zusammen.
- Die siebte Antwort lautet:
Verantwortung wird zur wichtigsten Zukunftskompetenz.

Die sieben Antworten haben eine Gemeinsamkeit: Die Deutschen wollen wissen, wie ihr Land in Zukunft aussehen „soll“. Weitsichtige Visionen sind gefragt, die eine positive Grundstimmung erzeugen und Antworten auf die Frage geben: Was bringt uns weiter? Verantwortungsvisionen sind dazu erforderlich, die den Bürgern wieder mehr persönliche Verantwortung zurückgeben und sie für gemeinsame Anliegen begeistern. Die Zukunft gehört einer Welt der Verantwortung von Menschen – und nicht nur von Institutionen.

Die Menschen sehnen sich nach überzeugenden Leitbildern. Mit dem Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-

Konflikts kommt der Glaube an die Zukunft wieder und damit auch der Mut zur Utopie. Die persönlichen Wünsche der Bevölkerung sind klar: gute Gesundheit und langes Leben, Wohlstand und Wohlbefinden, Zusammenhalt und ewiger Frieden. Die Zukunft, das erfahren wir täglich, kann und wird aber nicht nur aus einer Aneinanderreihung von guten Nachrichten bestehen können. Mit Konflikten zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Wohlstandsländern und Dritter Welt werden wir auch in Zukunft leben müssen.